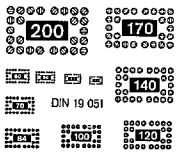

Materialien zur Programmdiskussion

Aktivierung der Bürgergesellschaft

Grundwertekommission
beim Parteivorstand der SPD

C 02 - 00411

Berlin, im Oktober 2001

SPD

INHALT

Seite

VORWORT 1
Wolfgang Thierse

AKTIVIERUNG DER BÜRGERGESELLSCHAFT

Einleitung 4

I. SOZIALISATION 6
Grundwerte, politische Tugenden, psychische Dispositionen;
Die Bedeutung der partnerschaftlichen Familie;
Die Bedingungen der Arbeitswelt;
Schulische Sozialisation; Nachbarschaftliche Beziehungen;
Gesellschaftliche Assoziationen und Sozialkapital;

II. PARTIZIPATION 13
Probleme der Partizipation in der Zivilgesellschaft;
Partizipationsformen;
Öffentlichkeit und Partizipation in der Informationsgesellschaft

III. STÄRKUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN SELBSTHILFEKOMPETENZ 16
Die Subjektstellung der Bürger stärken;
Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts;
Voraussetzungen für Selbsthilfekompetenz

IV. VERÄNDERUNG DER STAATLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN 24
Der rechtliche Rahmen;
Verteidigung und Reform des öffentlichen Sektors;
EU-Recht und öffentlicher Sektor;
Aufgaben der SPD

SCHLUSSBEMERKUNG 28

MITGLIEDER DER GRUNDWERTEKOMMISSION 29
beim Parteivorstand der SPD

C 02 - 00411

VORWORT

In den letzten Jahren wird in der deutschen politischen Öffentlichkeit verstärkt über die Perspektiven der „Bürgergesellschaft" oder „Zivilgesellschaft" diskutiert. Vor allem das Wort "Zivilgesellschaft" ist zu einem Schlüsselbegriff in einer Debatte geworden, die Antworten auf den Verlust an sozialem Zusammenhalt, die Krise des Wohlfahrtsstaates, aber auch den Wandel des Politikverständnisses und die Veränderungen bei der demokratischen Beteiligung sucht. Gelegentlich schien es zum Stichwort für das gesellschaftliche Projekt der rot-grünen Bundesregierung zu werden. Anfang September 2000 erklärten in Berlin die europäischen Regierungschefs Blair, Kok, Persson und Schröder die „Zivilgesellschaft" zu Europas Beitrag zum Fortschritt im 21. Jahrhundert. Es gelte sie zu stärken, weil sie „...ein Gegengewicht sowohl zu übermäßiger staatlicher Einmischung als auch zur uneingeschränkten Macht der Märkte" sei. Unter „Zivilgesellschaft" wird hier eine Art dritte Kraft verstanden, die eine Balance zwischen Staat und Markt, das heißt, zwischen Gerechtigkeit und Freiheit, Solidarität und Individualität austariert. Sie soll einerseits Initiative und Eigenverantwortung freisetzen, andererseits den Schutz der Schwachen durch den Beitrag der Stärkeren gewährleisten. Es handelt sich also um ein Arrangement von Rechten und Pflichten innerhalb eines Dreiecksverhältnisses zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat, um einen modernen Gesellschaftsvertrag.

Trotz aller Debatten ist der inzwischen geläufige Begriff „Zivilgesellschaft" bei uns merkwürdig unscharf geblieben. Das zeigt sich an der Schwierigkeit, ihn ins Deutsche zu übersetzen. Am nächsten kommt ihm gewiss das Wort "Bürgergesellschaft". Wir verbinden damit aber sehr schnell die klassische Vorstellung von bürgerlicher Gesellschaft, einen Begriff von Bürgertum, der Besitz und Bildung meint. Der Staatsbürger war in unserer Tradition zumeist der Untertan, ganz im Gegenteil zu den älteren Demokratien Englands, Frankreichs oder der Vereinigten Staaten. Nach deren Verständnis bedingten bürgerliche Rechte und ökonomische Eigenständigkeit einander, waren sie ein Merkmal der Zugehörigkeit zur Civil Society. Deshalb ist die merkwürdige Doppelung „zivile Bürgergesellschaft" so falsch nicht, weil sie der Versuch ist, den politischen, wie den ökonomischen Aspekt unseres Begriffes von Bürger als Privatbürger und Staatsbürger zusammenzubinden.

Damit aber sind wir bei einer alten sozialdemokratischen Forderung. Sie beinhaltet unser Verständnis der Menschenrechte, das im Berliner Programm eine „gleichrangigen Sicherung der Freiheitsrechte, der politischen Teilhaberecht und der sozialen Grundrechte" verlangt. Das Konzept der „Zivilgesellschaft" - wir sprechen im folgenden lieber von „Bürgergesellschaft" - ist deshalb ein zentraler Bestandteil der sozialdemokratischen Programmdiskussion.
Das Thema „Aktivierung der Bürgergesellschaft" entspricht Tradition und Programmatik der SPD - von der Arbeiterkultur der Weimarer Republik über die "Demokratisierung aller Lebensbereiche" des Godesberger Programms, das "Mehr Demokratie wagen" Willy Brandts bis hin zu "Bürgerdialog", "Bürgerbeteiligung" und einer "neuen Kultur des Zusammenlebens und Zusammenwirkens" des Berliner Programms.

Vordergründig wird das Konzept der „Aktivierung der Bürgergesellschaft" vor allem im Sinne einer Entlastung des Staates – in finanzieller wie in regulativer Hinsicht – verwandt: Viele Bereiche und Aktivitäten, die der Staat finanzieren und regulieren musste, könnten der Bürgergesellschaft überantwortet werden. Ginge es lediglich darum, staatliche Sparzwänge zu exekutieren, müsste sich die Sozialdemokratie aber nicht weiter damit befassen, es sei denn mit dem Ziel, die Besitzstände zu verteidigen oder den Mangel zu verwalten.

Der Wandel der sozialen und ökonomischen Basis verlangt aber neue kreative Antworten nicht nur im Hinblick auf die Finanzierung. Es geht auch um Phänomene wie die Alterung der Gesellschaft, die Bedeutungsverluste traditioneller Großorganisationen einschließlich der demokratischen Parteien, oder die Veränderungen individueller Lebensstile und Einstellungen. Es geht auch um die Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, um verstärktes Engagement in der Übernahme öffentlicher Aufgaben und Ämter, um den freiwilligen Dienst am Mitbürger, darum, solidarische Bindungen und gegenseitige Hilfe neu zu beleben, um ein neues Bürgerbewusstsein, aus dem die Bereitschaft wächst, sich für das Gemeinwohl zu engagieren.

In einer Demokratie ist die Bürgerschaft die Instanz, die festlegt, welche Themen und Sachbereiche in welcher Weise zum Gegenstand der Politik werden. Auch der Umfang der staatlichen Verantwortung ist ein Produkt zivilgesellschaftlicher Konsensbildung. Ebenso, was vernünftigerweise in die Verantwortung des einzelnen gehört und was Aufgabe der Bürgergesellschaft und ihrer weiterzuentwickelnden Strukturen sein soll. Die Alternative besteht deshalb nicht einfach in der neoliberalen Scheinantwort von Privatisierung und allseitiger Vermarktung, die neue Ungerechtigkeiten und ein Verschwinden all dessen zur Folge hätte, was nicht kurzfristig profitabel ist.

Dies heißt aber auch, die Bürgergesellschaft ist, anders als mancher Zungenschlag in der Debatte, keine Alternative zum demokratischen und sozialen Staat, oder gar bloßes Rationalisierungsinstrument in der Krise öffentlicher Haushalte. Ganz im Gegenteil kann sich die Zivilgesellschaft nur als produktive Ergänzung und demokratische Fundierung staatlicher Politik entfalten. Denn der rechtsstaatliche Rahmen und das sozialstaatliche Fundament bleiben die entscheidenden Voraussetzungen für eine Entfaltung bürgergesellschaftlicher Subsidiarität. Es geht um einen Lernprozess hin zu einem veränderten staatlichen Selbstverständnis. Die Modernisierung des Staates bezieht sich vor allem darauf, zu lernen, wie er als aktivierender und ermöglichender Staat wirken kann, wie er intermediäre Strukturen, die öffentliche Sphäre und neue Organisationsformen jenseits von Markt und Staat fördern und stützen kann. Die Anstöße dazu müssen aber aus der Bürgerschaft selbst kommen. Wo, so wäre zu fragen, sehen relevante gesellschaftliche Kräfte politischen Handlungsbedarf, weil die spontane Selbstorganisation keine akzeptablen Resultate hervorbringt?

Zivilgesellschaftliche Bewegungen und Debatten können daher ebenso zu einer Erweiterung der staatlichen Kompetenzen führen. Beispiele der Vergangenheit sind die Umweltpolitik oder die Pflegeversicherung. Das Spektrum der staatlichen Verantwortung sollte einer ständigen Überprüfung seitens der Bürgergesellschaft und ihrer Assoziationen unterliegen. In einer Demokratie delegiert die Bürgergesellschaft zwar einen großen Teil der gesellschaftlich relevanten Entscheidungen an die gewählten Politiker, sie gibt aber gleichzeitig – nicht zuletzt durch Wahlen – vor, welches die Gegenstände der Politik sind.

Diese öffentlichen Angelegenheiten zu bestimmen, obliegt den politisch aktiven Bürgern – der Bürgergesellschaft – und zwar in einer gewaltfreien und vom Ergebnis her prinzipiell offenen Debatte. Auch wenn vorgegebene Sachgesetzlichkeiten den politischen Entscheidungsspielraum einzuengen scheinen, so sind es in letzter Instanz die Bürger selber, die entscheiden, in welchem Gemeinwesen sie leben wollen. Dazu brauchen sie aber auch Formen kollektiver Willensbildung und gesellschaftlicher Selbstorganisation. Solche sind vor allem die demokratischen Parteien.

Die SPD ist als Mitgliederpartei mehr als andere demokratische Parteien nicht nur ein Teil des politischen Systems, sondern auch eine zivilgesellschaftliche Assoziation: Sie greift gesellschaftlich relevante Themen, Probleme, Interessen, Ängste usw. auf und transformiert sie in politische Projekte und Programme. Sie hat teil an der gesellschaftlichen Konsensbildung und zeichnet vor, wie konsensfähige Lösungen aussehen können.

Die Zukunft der Partei hängt also nicht zuletzt davon ab, ob sie diese Funktion weiter erfüllt. Offensichtlich ist das eine Frage der Aktivierung der Bürgergesellschaft. Die Selbsthilfekompetenz der Bürger, ihr bürgerschaftliches Engagement und ihre politischen Mitwirkungsmöglichkeiten sind die verschiedenen Seiten derselben Sache. Deshalb ist die Aktivierung der Bürgergesellschaft auch eine Bedingung für die Funktionsfähigkeit der Demokratie.

Die Grundwertekommission hat sich deshalb in ihrem Beitrag zum Thema „Aktivierung der Bürgergesellschaft" nicht nur auf die individuellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen beschränkt. Gewiss sind die Fragen der Sozialisation des Einzelnen, der Partizipation am politischen Prozess und der jeweiligen Lösungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Probleme durch Formen der bürgerschaftlichen Selbstorganisation fundamental. Es kommt aber letztlich auf entsprechende staatliche Rahmenbedingungen in den Bereichen des Rechts und der Verfügung über öffentliche Mittel und Güter an, wenn bürgerschaftlichem Engagement Verantwortung zufallen soll. Ohne die Verteidigung und Reform des öffentlichen Sektors, also jener Sphäre der Mitgestaltung, die eine allgemeine Versorgung mit Dienstleistungen und die Zugänge zu öffentlichen Gütern sichert, ist das Ziel der Aktivierung der Bürgergesellschaft – „die Fähigkeit der Bürger zu selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich" nicht zu gewährleisten.

Wolfgang Thierse

Wolfgang Thierse
Vorsitzender der Kommission Grundwerte

AKTIVIERUNG DER BÜRGERGESELLSCHAFT

Einleitung

Schon seit vielen Jahren ist in der politischen Öffentlichkeit wieder verstärkt von der 'Bürgergesellschaft' oder der 'Zivilgesellschaft' die Rede. In den 70er und 80er Jahren war es vor allem die Alternativ- und Umweltbewegung, die mit diesen Begriffen eine gegen die staatliche Politik gerichtete oder zumindest staatsferne Praxis theoretisch zu verorten trachtete. Fast gleichzeitig gingen viele Dissidenten des Ostblocks dazu über, den Begriff der 'Zivilgesellschaft' als Gegenbegriff zur verstaatlichten Gesellschaft der kommunistischen Massenorganisationen und als Inbegriff des sich formierenden Widerstands zu gebrauchen. Im sich ausbreitenden neoliberalen Klima der 80er und 90er Jahre forderten schließlich auch immer mehr Politiker der staatstragenden Parteien 'zivilgesellschaftliches Engagement', sprachen sich für 'zivilgesellschaftliche Verhandlungslösungen' politischer Probleme aus oder erklärten die 'Aktivierung der Bürgergesellschaft' zur entscheidenden Ressource, die es zu mobilisieren gelte, um in einer zunehmend komplexen und global vernetzten Welt erfolgreich bestehen zu können.

Wenn heute von 'Aktivierung der Bürgergesellschaft' die Rede ist, so steht dabei zumeist der Wunsch nach Begrenzung oder Reduzierung der öffentlichen Ausgaben im Mittelpunkt. Die Krise der öffentlichen Finanzen und die populäre Forderung nach einer 'Verschlankung des Staates', veranlassen Politiker aller Parteien, nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, den Staat von - insbesondere finanziell folgenreichen - Interventionsforderungen zu entlasten. Die Bürger selbst, so die verbreitete Auffassung, könnten und sollten einen Teil der Aufgaben übernehmen, die bisher vom Staat und den öffentlichen Körperschaften wahrgenommen wurden, und so die öffentlichen Kassen entlasten.

Auch wenn wir es für durchaus legitim halten, in der gegenwärtigen Lage solche Möglichkeiten der Entlastung der öffentlichen Haushalte in Erwägung zu ziehen, so glauben wir doch, daß es völlig unangemessen wäre, das Thema der 'Aktivierung der Bürgergesellschaft' auf diesen Aspekt zu begrenzen. Das, was wir 'Bürger-' oder 'Zivilgesellschaft' nennen, ist eine Sphäre eigenen Rechts, deren Funktion sich keineswegs darin erschöpft, Finanzierungs- oder Effizienzdefizite des Staates auszugleichen. Das sich zwischen dem Individuum und dem Staat ausbreitende Institutionengefüge, für das Tocqueville den Begriff der 'pouvoirs intermédiaires' prägte, die vielen kleinen und größeren Netze der Kommunikation und Kooperation bis hin zu den global operierenden Nichtregierungsorganisationen sind das eigentliche Unterfutter der Demokratie. Hier vor allem werden die entscheidenden Sozialisationsleistungen erbracht, die zur Ausbildung ichstarker Individuen und verantwortungsbewußter Bürger notwendig sind. Hier bilden und behaupten sich auch die Widerstandspotentiale, die als Vorkehrung gegen totalitäre Ansprüche des Staates und Übergriffe der ökonomisch Mächtigen unverzichtbar sind.

Im folgenden ist von der Aktivierung der Bürgergesellschaft unter drei Gesichtspunkten die Rede:

- unter dem der Sozialisation, d.h. der Vermittlung und Einübung von Einstellungen und Verhaltensweisen, die das Individuum im Wortsinne 'gesellschaftsfähig' machen;
- unter dem der Partizipation, d.h. der Teilhabe der Bürger an der demokratischen Willens-bildung und der Ermöglichung direkter Demokratie;
- unter dem der effizienten und bedürfnisgerechten Bearbeitung und Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Ausdrücklich betonen wir, daß wir den Gedanken der Subsidiarität für die Organisation moderner Gemeinwesen für unverzichtbar halten. Daß er mittlerweile nicht nur im nationalen Rahmen, sondern auch auf der Ebene der Europäischen Union weitgehend akzeptiert wird, darf vielleicht als Zeichen dafür gelten, daß die Ära des Staatspaternalismus und der zentralistischen Steuerungssysteme endgültig vorbei ist. Freilich heißt dies für uns nicht, daß wir einer modischen Staatsfeindschaft und einer heute ebenfalls verbreiteten romantischen Überhöhung der Zivil- oder Bürgergesellschaft das Wort reden. Vielmehr sind wir davon überzeugt, daß die Bürgergesellschaft des rechtsstaatlichen Rahmens und des sozialstaatlichen Fundaments bedarf. Richtig verstanden erfüllt sich der Gedanke der Subsidiarität erst im produktiven Miteinander von Zivilgesellschaft und Staat, im wechselseitigen Bedingungsverhältnis von freier Gesellung und verbindlich sanktioniertem Recht.

I. SOZIALISATION

Eine lange Tradition der politischen Ideengeschichte und der Forschungen zur politischen Kultur und Psychologie trägt plausible Argumente dafür zusammen, dass politische Systeme auf subjektive Einstellungen der Menschen angewiesen sind, die sie erhalten und stärken. Für die politische Demokratie ist dies der Verbund von gemeinsamen Grundwerten, politischen Tugenden und sie tragenden psychischen Dispositionen. Die Aktivierung der Bürgergesellschaft braucht eine Sozialisation, dank derer die Menschen zu derart ausgestatteten Bürgern werden.
Zugleich ist die Bürgergesellschaft mit ihren vielfältigen Institutionen der Ort, an dem Werte verinnerlicht und Tugenden eingeübt werden. Ohne die Stärkung des bürgergesellschaftlichen Engagements kann den von vielen Sozialwissenschaftlern beklagten Erscheinungen der Anomie in unserer Gesellschaft nicht wirksam begegnet werden.

Grundwerte, politische Tugenden, psychische Dispositionen

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bezeichnen dabei die aus der Französischen Revolution stammenden gemeinsamen Grundwerte. Hinsichtlich der Bestimmung der politischen Tugenden konkurrieren innerhalb des republikanischen und des liberalen Lagers von Anfang an zwei Denkschulen mit z.T. durchaus gegensätzlichen Akzenten. Beide gehen von der Gleichheit und der Autonomie der Bürger, von ihrem Recht auf politische Teilhabe und von ihrer Pflicht zur Verantwortung, aber auch von unterschiedlichen Menschenbildern aus. Während die einen den Akzent darauf legen, den natürlichen Egoismus zu unterdrücken, und in der Folge die Notwendigkeit unterstreichen, die Individuen ganz und gar auf das Gemeinwohl und auf ständige politische Partizipation auszurichten, betonen die anderen das Recht auf Privatheit sowie individuelle Interessenvertretung und vertrauen prinzipiell stärker auf die natürliche Bereitschaft und Fähigkeit der Menschen, sich praktisch auf das jeweils Gemeinsame zu verständigen. Entsprechend fordert die eine Seite vornehmlich Selbstbeherrschung, Genügsamkeit, Disziplin und Selbstdisziplin, während die andere Toleranz, Fairness, Rationalität und Kooperationsbereitschaft unterstreicht.

Diejenigen, die glauben den Egoismus des Individuums mit allen Mitteln unterdrücken zu müssen, geraten leicht in die Gefahr, autoritäre Tendenzen in Staat und Gesellschaft zu begünstigen, während ein allzu großes Vertrauen auf individuelle Lösungen zu einem zerstörerischen Interessenpartikularismus führen kann. Nach sozialdemokratischem Verständnis ist eine gedeihliche Demokratie darauf angewiesen, dass individuelle Rechtsansprüche und soziale Neigungen einander ergänzen, dass Bürger sowohl ihre individuellen Rechte einfordern als auch ihren sozialen und politischen Pflichten nachkommen, unter ihnen der Erwartung, sich an den Entscheidungen über ihre allgemeinen Angelegenheiten zu beteiligen.

In neuerer Zeit mehren sich angesichts von Erfahrungen mit aktiven Zivilgesellschaften und von Einsichten feministischer Analysen die Argumente dafür, dass das Modell des vor allem autonomen und rationalen Bürgers um wenigstens zwei Merkmale erweitert werden muss, wenn die Zivilgesellschaft den Herausforderungen zunehmend multikultureller und sich überdies rasch wandelnder Gesellschaften gewachsen sein soll. Zum einen bedarf es der Entwicklung und Pflege von Empathie, d.h. der vornehmlich emotionalen Fähigkeit, sich in andere Menschen und ihre jeweiligen Empfindungen bzw. Wahrnehmungen einzufühlen. Soziologi-

sche Untersuchungen haben seit geraumer Zeit gezeigt, dass Empathie es den Menschen sehr viel besser als rein kognitive Gewohnheiten ermöglicht, sich auch in kulturellem Neuland zu orientieren und das Gemeinsame in Vorstellungen und Verhaltensweisen zu entdecken, die auf den ersten Blick gegensätzlich und fremd erscheinen. Wir sind im Horizont der Globalisierung auch im eigenen Land immer mehr mit anderen, mit „fremden„ Welten konfrontiert, die manchen Angst machen. Wenn wir den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft sichern wollen, müssen wir uns darum bemühen, Verständnis und Kooperationsbereitschaft auch über kulturelle Grenzen hinweg zu stärken.

Die zweite Dimension, um die das traditionelle individualistische Autonomieverständnis erweitert werden muss, ist die Fähigkeit, persönliche und ideelle Bindungen einzugehen und zu erhalten. In einem geistesgeschichtlich eher männlich geprägten Individualismusverständnis stehen Autonomie und Bindung tendenziell im Gegensatz zu einander. Aber auch der liberale Aufklärer Montesquieu hat Freiheit und Bindung schon zusammen gesehen, weil er wusste, dass politische Freiheit auf Sicherheit vor Angst und Willkür angewiesen ist, die ihrerseits eine verfassungsrechtliche Bindung (z.B. der Gewaltenteilung) braucht. In der gegenwärtigen Erfahrung von rapidem Wandel und ausgreifenden Mobilitätsanforderungen sind persönliche und ideelle Bindungen notwendig, um Selbstvertrauen und Ich-Stärke als Grundlage von Demokratie und aktiver Bürgerschaft zu stützen und zu fördern. Sie stehen nicht im Gegensatz zu Autonomie und Freiheit, sondern stützen sie.

Empathie und die Bereitschaft, Bindungen einzugehen, vereinigen sich in der Fähigkeit zu Fremd- und zu kontrolliertem Selbstvertrauen. Dessen Praxis vermehrt das sog. 'Sozialkapital', das man als Substanz einer aktiven Bürgergesellschaft bezeichnen kann.

Die zu den subjektiven Voraussetzungen aktiver Bürgerschaft gehörenden psychischen Dispositionen schliessen mithin Elemente sowohl des Verstands als auch des Gefühls ein. Dementsprechend beginnt die Sozialisation dafür schon in der frühen Kindheit und setzt sich in der Schule, in Jugendgruppen, in der Arbeitswelt, in der Nachbarschaft und im öffentlichen Leben fort. Wenn wir die Aktivierung der Bürgergesellschaft politisch fördern wollen, müssen wir unser Augenmerk auf alle diese genannten Bereiche richten.

Die Bedeutung der partnerschaftlichen Familie

Da grundlegende Weichen für die Persönlichkeitsentwicklung, für Selbst- und Fremdvertrauen, Verantwortungs- und Kooperationsbereitschaft, für Empathie und Toleranz schon in früher Kindheit gestellt werden, muss Sozialdemokraten besonders daran gelegen sein, den Familien als den zentralen Orten, in denen Kinder geboren werden und aufwachsen, einen verstärkten Stellenwert beizumessen. Dabei geht es nicht um den Erhalt traditioneller Strukturen oder Rollenbilder und schon gar nicht um den Eingriff in private Lebensentscheidungen, sondern darum, politisch die Bedingungen dafür zu verbessern, dass Familien materiell ausreichend abgesichert, in einem Geist der Partnerschaft zwischen Eltern und Kindern und mit genügend Zeit füreinander jene psychischen Dispositionen und jene Werte und Tugenden von Generation zu Generation weitergeben und einüben können, auf die die Bürgergesellschaft angewiesen ist. Junge Menschen müssen Zuwendung, gegenseitige Anerkennung, Pflichten und Rechte schon früh kennenlernen und leben können, wenn sie sie später in Schule und Beruf weiterentwickeln sollen.

Zuwendung und Partnerschaftlichkeit können in Familien nur dann gelernt werden, wenn diese selbst sie im Verhältnis sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen praktizieren. Das erfordert einen Geist der Offenheit nicht nur zwischen den Familienmitgliedern, sondern auch gegenüber der Aussenwelt. Partnerschaftliche Familien sind keine 'closed shops'. Weil sie in vielfältiger Weise mit der sie umgebenden Gesellschaft verknüpft sind, kann ihre Stärkung ein wertvoller Beitrag dazu sein, wirklich lebendige demokratische Einstellungen und die Bereitschaft zu aktiver Bürgerschaft zu fördern.

Überdies bieten partnerschaftliche Familien auch die besten Chance, der Überflutung der Kinder durch Medien und den in ihnen häufig präsentierten Situationen von Gewalt und verantwortungslosem Handeln etwas entgegenzusetzen. Staatliche Maßnahmen und Gesetze können auf diesem Feld nur wenig bewirken. Die heranwachsende Generation kann sich gegen zerstörerische Einflüsse der Medien am besten immunisieren, wenn sie emotionale Geborgenheit erfährt und ihr Urteilsvermögen und ihren Realitätssinn früh entwickelt. Dabei kommt der partnerschaftlichen Familie eine zentrale Rolle zu.

Die Bedingungen der Arbeitswelt

Freilich leben Familien nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum. Insbesondere die Arbeitswelt wirkt über die Eltern prägend auf die frühe Sozialisation ein. Materiell oder psychisch verunsicherte, entwurzelte oder verarmte Eltern werden es schwer haben, vertrauensfähige Bürger zu erziehen. Hinzu kommt, dass die gegenwärtigen ökonomischen Zwänge darauf zielen, Menschen so früh wie möglich in den Arbeitsprozess einzubeziehen und so weit wie möglich auf ihre Karriere hin zu orientieren, so dass für die gleichzeitige Erziehung von Kindern wenig oder keine Zeit bleibt. Die Folge davon ist häufig ein Rückfall in die traditionelle Rollenverteilung zwischen Müttern und Vätern, die Vernachlässigung der Erziehungsaufgabe oder der Verzicht auf die Gründung von Familien. Wenn die frühkindliche Sozialisation für eine aktive Bürgergesellschaft durch die Begünstigung partnerschaftlicher Familien gestärkt werden soll, dann reichen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Karriere und Elternschaft nicht aus. Erforderlich ist auch eine Veränderung unserer Lebensmuster, weg von der Konzentration auf Karriere und Familie zwischen 25 und 45 Jahren hin zu einer Verstärkung des Arbeits- und Karriereanteils im dritten Lebensabschnitt nach der Erziehung der Kinder. Nur so können sich beide Elternteile angemessen an der Erziehung der Kinder beteiligen, was für Eltern und Kinder gleichermaßen von grosser Bedeutung ist. De facto liefe dies auf eine Angleichung der Lebensmuster beider Geschlechter auf das bisherige vieler berufstätiger Mütter hinaus. Ein solcher Impuls zur zeitlichen Verschiebung der Berufskarriere in einen späteren Lebensabschnitt könnte überdies eine Relativierung des aktuellen Jugendkultes zugunsten der Anerkennung von Reife und Lebenserfahrung mit sich bringen. Sie ist um so angebrachter, als unsere durchschnittliche Lebenszeiterwartung weiter markant ansteigt, wir uns also zunehmend auf ein längeres, gesünderes und leistungsfähigeres Durchschnittsalter einrichten können. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang, daß eine künftige Rentenregelung dieser Perspektive durch die ausreichende Anrechnung von Erziehungszeiten Rechnung trägt.

Die Veränderungen in der Arbeitswelt halten für die Förderung partnerschaftlicher Familien Chancen und Gefahren bereit. Einerseits bieten die Flexibilisierung und die zeitliche Verkürzung der Erwerbsarbeit ebenso wie Online-Tätigkeiten zu Hause mehr Möglichkeiten, Familienarbeit und Kindererziehung mit dem Beruf zu verbinden. Sie eröffnen ein Spektrum

von Chancen auch für das Zusammenleben und Zusammenwirken mehrerer Generationen und für gegenseitige Hilfe. Andererseits kann die Forderung nach unbeschränkter Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte auch in Gegensatz zu einer gelungenen familiären Bürgersozialisation geraten. Denn Mobilität fördert mit der Individualisierung auch eine Atomisierung der Menschen. Wer unbegrenzt seinem oder einem Arbeitsplatz hinterher ziehen muss, verliert oft Familie und Freunde. Ebenso kann Flexibilität der Arbeitszeit, klug praktiziert, den Familienzusammenhalt stärken; sie kann aber auch dazu führen, dass keine Zeit für gemeinsame Unternehmungen mehr bleibt, weil die Freizeiten der Partner nicht zur Deckung gebracht werden können. Hier liegt eine wichtige Aufgabe für Parteien und Gewerkschaften. Insgesamt kommt es darauf an, einer Verabsolutierung der Anforderungen von ökonomischer Konkurrenz und Effizienz das Interesse am sozialen Zusammenhalt und dessen Funktionalität auch für eine effiziente Wirtschaft entgegenzuhalten und transnational politische Rahmenbedingungen zu setzen, die partnerschaftliche Familien und die Pflege persönlicher Bindungen stützen. Dazu sind Phantasie und Pragmatismus erforderlich.

Ob und wie weit die Veränderung der Arbeitswelt in den kommenden Jahren eine zivile Sozialisation begünstigt oder eher beeinträchtigt, ist noch schwer abzusehen. Einerseits liegen in der größeren Unabhängigkeit und örtlichen Disponibilität auch Chancen für viele Menschen, andererseits aber besteht die Gefahr, dass sich aufgrund unzulänglicher Bildung und Ausbildung eine neue soziale Spaltung zwischen hochwertigen und gering qualifizierten bzw. qualifizierenden Arbeitsfeldern ergibt - mit potentiell explosiven Konsequenzen für Demokratie und Bürgergesellschaft. Hier darf sich sozialdemokratische Bildungspolitik nicht voreilig vermeintlich eindeutigen Arbeitsmarktanalysen, die nur eine geringe Zahl von qualifizierten Positionen vorhersehen, beugen. Die Gestaltbarkeit dieser Verhältnisse muss das Ziel bleiben. Eine gute Ausbildung für möglichst viele Bürger ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige Demokratie, sie bietet auch der Wirtschaft allererst die Chance, sich für anspruchsvolle Produktionsverfahren und ökonomische Aktivitäten zu entscheiden und damit das Absinken von umfangreichen gesellschaftlichen Schichten in die Qualifikations- und Machtlosigkeit zu verhindern. Auch die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und ein kollegialer Führungsstil - vom modernen Unternehmensmanagement ohnehin als Effizienz steigernd anerkannt - gehören weiterhin als unabdingbare Elemente zur Sicherung der Zivilgesellschaft.

Schulische Sozialisation

Die Tatsache, dass die Zahl der Alleinerziehenden zunimmt, verweist ebenfalls darauf, dass Familien in der Erziehungsaufgabe nicht autark sind, sondern auf Unterstützung von aussen angewiesen bleiben. Von besonderem Gewicht ist hier die enge Verbindung von familiärer und (vor)schulischer Sozialisation. Sozialdemokratische Politik soll sowohl subsidiäre Nachbarschaftskooperationen als auch sozialstaatliche Angebote im vor- und ausserschulischen Freizeitbereich unterstützen. Für die Grundorientierung der Schule selbst ist es unter dem Aspekt der aktiven Bürgergesellschaft wichtig, das Prinzip der Verantwortung sowie den Aspekt der Kooperations- und Vertrauensfähigkeit in ein ausgewogenes Verhältnis zum Prinzip der individuellen Leistung und des Wettbewerbs zu bringen. Beide Elemente sind für die Erziehung zum Bürger unabdingbar. Die alleinige Konzentration auf Wettbewerb und individuelle Leistung steht dem Grundwert der Solidarität wie den Erfordernissen der Kooperation in Arbeit und Politik entgegen.

Da im übrigen zunehmend beide Elternteile bzw. die Alleinerziehenden berufstätig sind, spricht viel dafür, das Schulangebot generell bis in den späten Nachmittag auszudehnen. Dabei wird die Schule zunehmend eine wichtige Instanz der Lebenswelt. Die Fähigkeit junger Menschen, sich im demokratischen Gemeinwesen zu engagieren, hängt wesentlich davon ab, welche Erfahrungen sie mit sozialen Beziehungen in der Schule und in ihrer Umwelt als ganzer machen.

Die Aufgabe der Sozialisation für die Bürgergesellschaft setzt auch der modischen Tendenz im sekundären und vor allem im tertiären Bildungsbereich Grenzen, sich angesichts der Misere in vielen Massenuniversitäten auf die Ausbildung einer hochqualifizierten Elite zu konzentrieren und den grössten Teil der tertiären Ausbildung unter dem Signum des Praxisbezugs eher repetitiv und konsumierend als methodisch reflektiert, vielseitig und kreativ anzulegen. Da wir zukünftige Herausforderungen unserer Gesellschaften nicht mit Sicherheit voraussehen können und die Gleichberechtigung aller Bürger einen hohen Rang hat, ist es geboten, Talente in allen sozialen Schichten nach besten Kräften zu fordern und zu fördern. Dies entspricht am ehesten den subsidiären Aufgaben der Bürgergesellschaft und der vermutlich eher zunehmenden Notwendigkeit der sozialen und politischen Selbstregelung im Rahmen der demokratischen Partizipation.

Nachbarschaftliche Beziehungen

Eine gelungene Sozialisation zum aktiven Bürger findet Unterstützung auch dort, wo das Wohnumfeld lebendige nachbarschaftliche Beziehungen begünstigt. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang die Mischung von Wohn- und Geschäftsbauten, von Wohngelegenheiten für Menschen unterschiedlichen Alters sowie Räume und Plätze, die nachbarschaftliche Begegnungen ermöglichen bzw. nahelegen. Dies gilt ganz besonders für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen. Sie brauchen Räume, in denen sie spielen, sich ausprobieren und öffentliche Verantwortung übernehmen können. Wir sind gegenwärtig - nicht nur in den neuen Bundesländern - mit einer zunehmenden Gewaltbereitschaft konfrontiert, die sich nicht nur gegen Ausländer richtet, sondern sich mehr und mehr ihre Hassobjekte in ganz verschiedenen sozialen Gruppen sucht. Die Ursachen dafür sind vielfältig, aber einiges spricht dafür, dass unzureichende örtliche, berufliche und persönliche Bindungen und fehlende Angebote zur Mitgestaltung sozialer Zugehörigkeiten hier eine entscheidende Rolle spielen. Junge Menschen müssen die Chance erhalten und dazu herausgefordert werden, sich mit Aufgaben, Verhaltensweisen und Werten zu identifizieren, die der Demokratie zugute kommen oder zumindest mit ihr vereinbar sind. Nur wenn dies geschieht, können sie die Rolle des aktiven Bürgers einüben und phantasievoll weiterentwickeln.

Kulturelle Zentren und kulturelle Aktivitäten in den Gemeinden und Stadtteilen können einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Sozialisation und zur Aktivierung der Bürgergesellschaft leisten. Solche Orte der Begegnung sind gerade in einer Zeit wichtig, die – auch infolge der neuen Informationstechnologien und der Allgegenwart des Fernsehens – von einem Rückzug ins Private geprägt ist. Sie erlauben Verständigung über kulturelle Unterschiede hinweg, ermöglichen ästhetische Erfahrungen und erleichtern das kulturelle und damit oft auch das soziale und politische Engagement. Wo die primären sozialen Bindungen erodieren, können sie, wie kommunale Projekte gezeigt haben, auch marginalisierten Jugendlichen neue Perspektiven geben.

Gesellschaftliche Assoziationen und Sozialkapital

Über die nachbarschaftlichen Beziehungen hinaus haben sich in historischen und politikwissenschaftlichen Studien der letzten Jahre die Tradition von gesellschaftlichen Vereinigungen und das aus ihnen erwachsene sog. 'Sozialkapital' als entscheidende politisch-kulturelle Motoren der demokratischen wie der wirtschaftlichen Entwicklung herausgestellt. In diesen Studien zeigt sich, in welchem Maße die hier behandelten 'subjektiven' Sozialisationsfaktoren für die Entwicklung von Demokratie und Wohlstand beeinflussen.

Der amerikanische Sozialwissenschaftler Robert Putnam ist in einer Untersuchung über Italien zu dem Ergebnis gekommen, daß das ökonomische Gefälle zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden nicht auf materielle Bedingungen zurückzuführen ist, sondern auf mentale, sozialpsychologische. Die Wirtschaft blüht im Norden, weil es dort eine lange Tradition von Bürgervereinigungen gibt, die einen kostbaren 'Rohstoff' produzieren: das sog. 'Sozialkapital', d.h. ein durch ständige der Zusammenarbeit und der Kommunikation entstandenes und immer neu überprüfbares soziales Vertrauen, das alle gemeinsamen Aktivitäten ungemein erleichtert, sie gleichsam 'ölt', unnötige Kontrollkomplikationen vermeidet und damit die 'Transaktionskosten' senkt, Zeit bei der Umsetzung von neuen Ideen spart und die Zuversicht bezüglich des Gelingens und somit auch den Impetus, tätig zu werden, stärkt. In Süditalien gibt es diese Tradition und das zugehörige Netz von Bürgervereinigungen nicht. Während im Norden das produktive Sozialkapital sich durch seine Anwendung ständig erneuert und vermehrt, verhindert der Teufelskreis des Mißtrauens im Süden den sozialen und ökonomischen Aufschwung.

Putnam fragt sich, wie der Süden aus dem Teufelskreis, in dem er gefangen ist, herausfinden kann. Letztlich, so seine Antwort, muß die Initiative dazu von Personen ausgehen, die sich als Vertrauensträger erweisen, weil sie überprüfbare Kompetenz mit Wahrhaftigkeit verbinden. Personen also, die Vertrauensnetze knüpfen können, die allmählich den gesellschaftlichen Zusammenhang stärken und damit einen Aufschwung einleiten können. Dieser am Beispiel Italiens untersuchte Zusammenhang gilt tendenziell überall. Elinor Ostrom hat das für mehrere Länder nachgewiesen. Seine und Putnams empirische Studien setzen einen Gedanken fort, den der französische Soziologe Alexis de Tocqueville schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begründet hat, indem er die wichtige Rolle der gesellschaftlichen Assoziationen für Erhalt und Weiterentwicklung von Freiheit und Demokratie betonte.

Der Zusammenhang von gesellschaftlichen Assoziationen, Sozialkapital und kultureller Stärkung der Demokratie gilt auch für Deutschland, hier vermutlich zur Zeit besonders für Ostdeutschland. Denn eine der von der DDR hinterlassenen Hypotheken liegt darin, daß die offizielle Verlogenheit und der damit einhergehende Realitätsverlust der monopolisierten Medien zusammen mit dem Machtmonopol der SED die dauerhafte Etablierung von auf Vertrauen fußenden menschlichen Beziehungen außerhalb des engsten privaten Kreises fast unmöglich machte. Für eine Kultur der Demokratie ist dies eine belastende Erbschaft, weil unter Bedingungen der Doppelzüngigkeit und des Mißtrauens in der öffentlichen Sphäre sich das, was Putnam 'Sozialkapital' nennt, nicht wirklich entwickeln kann. In Westdeutschland hat bis weit in die fünfziger Jahre hinein eine Tendenz zum Rückzug in die Privatsphäre bestanden, und auch heute noch ist das gesellschaftliche Grundvertrauen dort nicht sehr ausgeprägt. Aber die Chance, es in öffentlich-politischer Aktivität allmählich anzusammeln, besteht dort schon über mehr als fünfzig Jahre lang, und diese Chance wurde von den 60er Jahren an vor allem von Jüngeren auch wahrgenommen.

Die Jungen hatten es in dieser Hinsicht auch deswegen leichter, weil ihre Biographien weniger gebrochen waren als die ihrer Eltern, die sich im Nationalsozialismus oft kompromittiert hatten und, solange sie nicht zu ehrlicher Konfrontation mit ihrer Vergangenheit bereit waren, als demokratische Vertrauensträger nicht in Frage kamen. Sie hatten etwas zu verbergen, redeten öffentlich anders als privat, reagierten aggressiv oder selbstmitleidig auf Fragen nach ihrer Vergangenheit und hielten mit ihrer Unaufrichtigkeit die Mißtrauensspirale in Gang. Viele Zeugnisse aus dieser Zeit machen deutlich, daß es ohne eine mutige und konkrete Auseinandersetzung mit den systemischen und persönlichen Fehlhandlungen in der Vergangenheit kaum gelingt, jenes Klima der offenen Auseinandersetzung zu schaffen, ohne das eine demokratische Öffentlichkeit nicht existieren kann. Die Demokratie ist auf eine solche demokratische Öffentlichkeit vital angewiesen. Sie allein bietet die Chance, die unter allen politischen Regimen, also auch in der Demokratie immer wieder auftretenden Mißstände, Ungerechtigkeiten und Korruptionserscheinungen publik und damit kritisierbar zu machen. Auf diese Weise können Fehlentwicklungen korrigiert, Schäden und Ungerechtigkeiten in Grenzen gehalten werden.

II. PARTIZIPATION

Demokratie ist nicht nur ein Verfassungsarrangement. Sie lebt vom Engagement und von der aktiven Beteiligung der Bürger an Willensbildung und Entscheidung. Partizipation in der Bürgergesellschaft bedeutet die Entwicklung aller Formen von freiwilliger und selbstbestimmter Kooperation. Diese Formen der Kooperation können ihre Aufmerksamkeit und ihre Aktivitäten ganz auf einen von ihnen autonom zu gestaltenden gesellschaftlichen Teilbereich richten, sie können aber auch auf übergeordnete staatliche Strukturen und Institutionen bezogen sein. Insofern gehört auch die Vitalisisierung der Parteien, ihre demokratisch-partizipatorische Verfassung und ihre Öffnung zur Gesellschaft hin in den hier erörterten Zusammenhang.

In der zivilen Gesellschaft treten sich die Personen weder als - ihre jeweiligen individuellen Interessen optimierende - Wirtschaftssubjekte noch als Befehlsgeber bzw. -empfänger gegenüber, sondern als Bürger und Bürgerinnen, die mit gleichen Rechten und aus freien Stücken kooperieren. Sie kooperieren, um Güter zu produzieren, die der Markt nicht herstellen kann (kollektive Güter), um Entscheidungen zu beeinflussen und zu treffen, die die Gesamtheit der Bürger angehen, um sich über Regeln der Interaktion zu verständigen und andere gemeinsame Ziele zu verfolgen. Partizipation in der Bürgergesellschaft unterscheidet sich also von Interaktionen auf dem Markt und von Handeln in administrativen Strukturen.

Dabei ist die Bürgergesellschaft nicht notwendig eine Gemeinschaft gleicher Werte. Sie wird schon durch einen normativen Minimalkonsens konstituiert, der sich insbesondere auf solche Regeln bezieht, die einen zivilen Austrag von Interessenkonflikten und Kooperation über divergierende Kulturen hinweg ermöglichen.

Probleme der Partizipation in der Zivilgesellschaft

Auch die Partizipation in der Zivilgesellschaft hat ihre strukturellen Probleme. Die traditionellen Formen von Bürgerinformation, Bürgerversammlung, Bürgeranhörung, Expertenhearings und Beiräten leiden unter geringer Resonanz und Oberflächlichkeit, sozialer Selektivität, der Dominanz organisatiosstarker Interessen und sozialaktiver Minderheiten sowie den zeitlichen Abkömmlichkeitsproblemen bestimmter Personengruppen (z.B. Alleinerziehende und Schichtarbeitende).

Interesse und Engagement entstehen oft erst bei persönlicher Betroffenheit, wenn Entscheidungsprozesse im politischen System schon so weit fortgeschritten sind, daß nur noch begrenzte Möglichkeiten zur Selbstorganisation, eigenen Entscheidungsfindung und Einflußnahme bestehen. In der Aktivierung der Zivilgesellschaft, in der Entwicklung der ihr eigenen Partizipationsformen liegt die Chance, voneinander abgeschottete Meinungsgruppen (z.B. Autofahrer und Umweltschützer in der Verkehrspolitik) in konkreten Projekten zusammenzuführen, so daß sie mehr miteinander statt nur übereinander reden. Erst wenn solche Gruppen Gelegenheit zum Meinungsaustausch erhalten, statt ausschließlich auf die Bestätigung ihrer vorgefaßten Meinungen auszugehen, sind weiterführende Lösungen zu erwarten.

Partizipationsformen

In den letzten Jahrzehnten sind in vielen Ländern neue zivilgesellschaftliche Partizipationsformen erprobt worden. Ihnen allen gemeinsam ist, daß die Bürger sie in aller Regel nicht nur als formalisierte Entscheidungsfindung, sondern auch als kommunikativen Prozeß begreifen. Je nach Akzentuierung zielen sie auf den Ausgleich divergierender Interessen (Runder Tisch, Foren, Zukunftskonferenz), die Entwicklung von Kreativität und Kompetenz (Zukunftswerkstatt, Open Space, Planungszelle), die Aktivierung im Stadtteil (Anwaltsplanung, Gemeinwesenarbeit, Planning for Real) oder auf die Ansprache besonderer Zielgruppen (Zielgruppenworkshops).

Runde Tische, Foren: Runde Tische und Foren sollen möglichst viele unterschiedliche Interessen in einen Diskussionsprozeß bringen, um, unterstützt von einer neutralen Moderation, zu Lösungen zu kommen, die für alle Beteiligten akzeptabel sind. Im Unterschied zu Beiräten sind Runde Tische und Foren temporär und problembezogen, d.h. sie wollen in einem begrenzten Zeitraum ein konkretes Ergebnis erzielen. Das gelingt erfahrungsgemäß nur, wenn alle von dem behandelten Problem berührten Gruppen tatsächlich beim Runden Tisch bzw. Forum vertreten sind und die Vertreter in ihren Entsendegruppen fest verankert sind.

Zukunftskonferenz: In der Zukunftskonferenz versammeln sich Akteure aus möglichst allen relevanten Bevölkerungsgruppen, um gemeinsam Visionen zu entwickeln und Pläne zu erarbeiten, die diese Visionen umsetzen. In Kleingruppen werden dabei bestehende Auffassungsunterschiede und -gemeinsamkeiten ermittelt und positive wie negative Trends bewertet. Die ermittelten Gemeinsamkeiten dienen als Basis für die Entwicklung von Zukunftsideen, zu deren Umsetzung wiederum konkrete Maßnahmen erörtert werden.

Zukunftswerkstatt: Die Zukunftswerkstatt ist eine Arbeitsform, bei der in Gruppen gemeinsam Ideen entwickelt und Wege zu ihrer praktischen Umsetzung ausgearbeitet werden. In der ersten Phase (Kritikphase) erfolgt eine Bestandsaufnahme von Problemen und Mängeln in einem bestimmten Bereich. Diese werden anschließend nach Bedeutung gewichtet. Die zweite Phase (Ideen- und Phantasiephase) dient der Präsentation von Vorschlägen und Träumen, wie es anders sein könnte. In der dritten Phase (Umsetzungs- oder Verwirklichungsphase) geht es schließlich darum, Wege und Möglichkeiten zu finden, wie die präsentierten Ideen am besten realisiert werden können. Nach Möglichkeit treffen die Teilnehmenden in dieser Phase bereits konkrete Absprachen für das weitere Vorgehen und übernehmen sog. 'Ideenpatenschaften'.

Bürgergutachten/Planungszelle: Auf eine möglichst repräsentative Beteiligung der ganzen Bevölkerung setzt das Modell Bürgergutachten/Planungszelle. Eine Planungszelle ist eine Gruppe von ca. 25 im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgern, die für etwa eine Woche von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt werden, um, assistiert von professioneller Prozeßbegleitung, in Gruppen Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Planungsproblem zu erarbeiten. Die Ergebnisse dieser Beratungen werden in einem sog. 'Bürgergutachten' zusammengefaßt. Das Verfahren ist schon bei einer großen Zahl höchst unterschiedlicher kommunaler und überregionaler Problem angewandt worden. Bemerkenswert war bei allen bisher durchgeführten Projekten die breite Streuung der Beteiligung und die Qualität der Ergebnisse.

Aktivierung der Gemeinwesenarbeit: Durch sog. 'aufsuchende Arbeit' (Hausbesuche, Diskussion in Jugendtreffs etc.) versucht die Gemeinwesenarbeit, Bürger zum Engagement für

ihre Gemeinde anzuregen. Wichtigstes Hilfsmittel ist die aktivierende Befragung. Dabei werden Wünsche und Bedürfnisse ermittelt, um dann gemeinsam mit den Befragten Prioritäten zu setzen und Umsetzungsschritte zu erarbeiten. Mit dieser Partizipationsform werden auf Minderheitengruppen (z.B. ausländische Mitbürger) gezielt erreicht.

Planning for Real: Plannng for Real ist ein in Großbritannien entwickeltes Beteiligungsverfahren für stadtplanerische Probleme, das auch schon in Deutschland (Berlin-Wedding) erfolgreich ausprobiert worden ist. Es wird ein transportables Modell der Gemeinde, des Stadtteils hergestellt und an vielen Orten (Kneipen, Bus- und Straßenbahnhaltestellen, U- und S-Bahnhöfen etc.) gezeigt, um Bürger miteinander ins Gespräch zu bringen. Daraus entwickeln sich Veränderungsvorschläge, aber auch neue Formen nachbarschaftlicher Aktivität.

Zielgruppenworkshops: In vielen Fällen ist es sinnvoll, anstelle der für alle offenen Foren Veranstaltungen durchzuführen, für die nur eine spezielle Zielgruppe eingeladen wird. Beispiele sind: Workshops für Frauen zum Thema 'Frauenfreundliche Planung', spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche oder für ethnische Gruppen. Dieses Verfahren bietet sich immer dann an, wenn Grund zu der Annahme vorliegt, das eine gesellschaftliche Teilgruppe ihre speziellen Ängste, Bedürfnisse und Lösungsvorstellungen in gemischten Öffentlichkeiten nicht oder nicht ausreichend artikulieren kann.

Öffentlichkeit und Partizipation in der Informationsgesellschaft

Partizipation in der Bürgergesellschaft erfordert Öffentlichkeit. Jedem Bürger müssen die notwendigen Informationen über Formen und Inhalte der bürgerlichen Kooperation zugänglich sein. Dies ist aber nur möglich, wenn die Informationsstruktur selbst partizipativ ist. Es genügt nicht, daß der Zugang zu Informationen garantiert ist, wie es auch im Entscheidungsprozeß nicht genügt, per Knopfdruck zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen. Die Bürger müssen vielmehr Gelegenheit erhalten, sich an der Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen und am Streit der Meinungen aktiv zu beteiligen.

Hierfür bieten sich die bereits erörterten Partizipationsformen an. Auch heute noch ist die unmittelbare Begegnung mit anderen Menschen und der Meinungsstreit von Angesicht zu Angesicht eine höchst wirksame Form der öffentlichen Erörterung und Entscheidungsvorbereitung. Traditionelle Formen wie öffentliche Versammlungen und Diskussionsveranstaltungen werden wohl auch in Zukunft neben neuen Formen der Kommunikation ihre demokratische Funktion behalten.

Von wachsender Bedeutung in der Informationsgesellschaft ist allerdings der Zugang zu allen Netzen, Dateien und Medien. Insofern ist die Forderung 'Internet für alle' durchaus berechtigt. Zur Zeit sind es vor allem einkommensstarke, gut gebildete und vorwiegend junge, männliche Bürger, die das Internet nutzen. Um zu vermeiden, daß einzelne Gruppen einen uneinholbaren Informationsvorsprung erhalten und durch die Nutzung der modernen Medien eine organisatorische Überlegenheit erlangen, die die Chancengleichheit in der Demokratie gefährdet, ist es politisch geboten, die zur Zeit benachteiligten Gruppen dabei zu unterstützen, Zugang zum Internet zu erhalten.

III. STÄRKUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN SELBSTHILFEKOMPETENZ

Von Selbsthilfe ist in unserer Öffentlichkeit vor allem dann die Rede, wenn es darum geht, die Adressaten öffentlicher Leistungen mehr als bisher an den Kosten zu beteiligen oder die betreffenden Leistungen privaten Anbietern zu übertragen. In beiden Fällen handelt es sich aber in Wirklichkeit nicht um eine Stärkung der Selbsthilfekompetenz der Bürger, sondern vor allem um eine andere, nämlich stärker private Form der Finanzierung von (privaten oder öffentlichen) Fremdleistungen. Dagegen soll hier der Begriff der Selbsthilfe in einem anspruchsvolleren Sinn verwendet werden. Unsere Leitfrage lautet: Wie kann die individuelle und kollektive Selbsthilfe der Gesellschaft gestärkt werden bzw. welche staatlichen und kommunalen Interventionsleistungen können unter welchen Bedingungen durch Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe, freie Initiativen, kleingemeinschaftliche Subsistenzwirtschaft etc., d.h. durch Tätigkeiten in zivilgesellschaftlichen Arbeitsfeldern außerhalb des Staats- und Marktsektors in welchem Umfang ersetzt werden.

Da in der gegenwärtigen Krise der öffentlichen Finanzen das Interesse an finanzieller Entlastung der öffentlichen Haushalte bei diesem Thema immer im Vordergrund steht, ist hier von vornherein vor einer modischen Überschätzung der Einspareffekte zu warnen. Auch Hilfe zur Selbsthilfe ist mit einem gewissen Aufwand verbunden, und die Vorstellung, private Vorsorge oder die 'Zivilgesellschaft' mit ihren freiwilligen ehrenamtlichen Leistungen könnten z.B. große Teile des staatlichen sozialen Sicherungssystems überflüssig machen, ist sicher überzogen. Allerdings darf eine Steigerung der Effizienz der Leistungssysteme durch konsequentere Hilfe zur Selbsthilfe wohl erwartet werden. Darüber hinaus hat eine stärkere Betonung der Hilfe zur Selbsthilfe aber vor allem ihren Eigenwert in der Beförderung menschlicher Freiheit, die sich nicht zuletzt in der Würde selbständiger Lebensführung manifestiert.

Die Subjektstellung der Bürger stärken

Der früher häufig gebrauchte und auch heute noch gelegentlich verwendete Begriff der 'Daseinsvorsorge' entstammt der paternalistischen deutschen Sozialstaatstradition. Er bezeichnet das ganze weite Spektrum an öffentlichen (sozialen, kulturellen etc.) Leistungen, die notwendig erscheinen, um allen Bürgern möglichst gleiche Lebenschancen einzuräumen. Nicht das Ziel, gleiche Lebenschancen für alle zu eröffnen, soll hier in Frage gestellt werden. Vielmehr geht es uns darum, Möglichkeiten zu erkunden, wie die Subjektstellung der Bürger gestärkt werden kann, d.h. zu prüfen ob, unter welchen Bedingungen und in welchem Maße aus Objekten öffentlicher Betreuung Subjekte selbständiger Lebensführung werden können.

Fragt man nach den hauptsächlichen Gründen für die Zunahme öffentlicher Interventionen, so geben die Armutsstudien der letzten Jahre einige brauchbare Fingerzeige. Die hier am häufigsten genannten Ursachen für Sozialhilfeabhängigkeit sind:

- Arbeitslosigkeit
- ungenügend hohe Renten oder Erwerbseinkommen
- zu hohe Mietbelastung

- Invalidität, Krankheit, Pflegebedürftigkeit
- familiäre Ursachen wie Trennung und Scheidung
- Warten auf vorrangige Leistungen des Sozialstaats
- Überschuldung

Dazu kommen weniger exakt bestimmbare Ursachenkomplexe, die mit den Erscheinungen zu tun haben, die traditionell unter dem Begriff der 'Anomie' zusammengefaßt werden und die im Kapitel 'Sozialisation' schon zur Sprache kamen. Vieles deutet darauf hin, daß in den letzten Jahren anomische Tendenzen in unserer Gesellschaft zugenommen haben.

Dass die hier erwähnten Ursachen (sozial)staatlicher Intervention auch durch die wirksamste vorbeugende Sozial- und Gesellschaftspolitik nicht vollständig aus der Welt geschafft werden können, ist klar. Wohl aber könnte der Umfang der erforderlichen Interventionsleistungen vermutlich reduziert und die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Selbstregulierung gestärkt werden, u.a. durch: eine aktivere Beschäftigungspolitik, die Einführung von deutlich über dem Existenzminimum liegenden Mindesteinkommen und Renten, den Ausbau der in Deutschland besonders dürftigen familienpolitischen Leistungen die Ausweitung und Verbesserung des sozialen Wohnungsbaus, bessere Aufklärung über Unfallrisiken, ein Tempolimit im Straßenverkehr, Humanisierung der Arbeit, vorbeugenden Umweltschutz, medizinische und soziale Primärprävention, Abkehr vom strengen Kausalitätsprinzip in der Sozialversicherung, Beschleunigung bürokratischer Abläufe, Aufklärung über unseriöse Kreditvergabe, Einführung des Privatkonkurses etc..

Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Für die wachsenden sozialen Probleme, die mit zunehmender Gewalt, Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen, Drogenkonsum und Kriminalität zusammenhängen, reichen freilich Einzelmaßnahmen nicht aus. Um hier gegenzusteuern, bedarf es vor allem einer komplexen Politik zur Stärkung des kleingemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie kann nur von einer Sozialpolitik geleistet werden, die sich zur Kommunal- und Gesellschaftspolitik unter sozialem Aspekt erweitert und die soziokulturelle Dimension der sozialen Sicherheit ernst nimmt. Dabei muß sie u.a. der Veränderungsdynamik des wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Systems dort Grenzen setzen, wo diese z.B. durch exzessive Mobilitätsanforderungen, durch die Zerstörung sozialer Lebensräume und durch die Schädigung der Biosphäre eben jenen hochproduktiven kleinen sozialen Einheiten (Familie, Nachbarschaft etc.) ihre gesellschaftsstabilisierende Wirkung nimmt.

Eine moderne sozialdemokratische Strategie muß also notwendig 'interdisziplinär', d.h. ressortgrenzüberschreitend angelegt sein. Sie darf sich auch nicht scheuen, sich angesichts der neoliberalen 'Revolution' im Epplerschen Sinn als 'wertkonservativ' oder, wie Anthony Giddens es ausdrücken würde, sich als „philosophisch konservativ" zu positionieren.

Voraussetzungen für Selbsthilfekompetenz

Wenn man die Menschen instand setzen will, mehr Probleme selbstorganisiert (allein oder mit anderen) zu lösen, um auf diese Weise die reflexive Selbststabilisierung der Gesellschaft zu

stärken, Freiheit und Selbständigkeit der Lebensführung zu fördern und zugleich, so weit wie möglich, den Staat und die Kommunen zu entlasten, muß man zunächst danach fragen, welches die entscheidenden Ressourcen sind, von deren Verfügbarkeit der Grad der Selbsthilfekompetenz abhängt. Diese Ressourcen sind:

- Geld oder andere Formen verfügbaren Einkommens
- Zeit
- Gesundheit
- Wissen, handwerkliche und sonstige Fertigkeiten
- Infrastruktur im Wohnumfeld
- stabile soziale Beziehungen
- soziale Eigenverantwortung

Die entscheidende Frage ist sodann, welche dieser Ressourcen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe oder, wie es neuerdings heißt, 'Empowerment' (sozial) politisch mit welchen Mitteln gestärkt werden können. Dabei gilt generell, daß die Möglichkeiten zur selbstorganisierten Problemlösung in einer Gesellschaft auch davon abhängt, daß die genannten Ressourcen einigermaßen gerecht verteilt sind.

Geld

Über aktive Beschäftigungspolitik kann Arbeitslosen wieder zu einem Erwerbseinkommen und damit zu der Möglichkeit, sich auf dem Markt mit dem Notwendigen zu versorgen, verholfen werden. Insofern ist eine aktive Beschäftigungspolitik immer auch wichtig für die Stärkung der Selbsthilfekompetenz (jedenfalls in der Form selbstbestimmter Konsumwahl und des Zugriffs auf monetarisierte Fremdleistungen). Statt Arbeislose pauschal als Faulenzer zu diffamieren, wäre in diesem Zusammenhang auch zu prüfen, ob die sozialen und arbeitsrechtlichen Regelsysteme nicht teilweise falsche Signale geben, d.h. nicht ausreichend zur Arbeitsaufnahme motivieren.

Allerdings wäre es völlig falsch, anzunehmen, die Beschäftigungsprobleme ließen sich dadurch lösen, daß durch Absenkung sozialer Leistungen und arbeitsrechtlicher Schutzvorschriften der Zwang zur Aufnahme von Erwerbsarbeit erhöht wird. Denn bei sich fortsetzender Rationalisierung ist ein Zustand der Vollbeschäftigung alten Stils nicht mehr möglich ist. Im Marktsektor werden auch in Zukunft viele Menschen selbst dann kein ausreichendes Erwerbseinkommen erzielen können, wenn alle sozial- und arbeitsrechtlichen Fehlweisungen behoben sind.

Wo die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten Jahren konstant gehalten oder vermehrt werden konnte, war dies vor allem auf die Einführung von Teilzeitarbeit oder schlecht bezahlter Vollzeitarbeit und auf Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen. Auch in den kommenden Jahren werden immer mehr Menschen durch Erwerbsarbeit im Markt oder im öffentlichen Dienst nicht ein ausreichendes Einkommen erzielen können. Also sind Einkommenstransfers jenseits der Marktzuweisungen unvermeidlich, wenn man die zunehmende Verelendung großer Bevölkerungsgruppen vermeiden will. Dasselbe gilt bei weiter vorangetriebener allgemeiner

Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten, wenn sie - begründet mit der internationalen Konkurrenz - mit Einkommensminderungen einhergehen.

Die Höhe dieser Transfers kann allerdings reduziert werden, wenn die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit gezielt verbessert und damit vielen Betroffenen die Erzielung eines höheren Familieneinkommens ermöglicht wird. In diesem Zusammenhang spielen z.B. die Einführung der Ganztagsschule, aber auch die Möglichkeiten der häuslichen Online-Arbeit eine wichtige Rolle. Darüber hinaus können bei weiter reduzierter Erwerbsarbeitszeit auch die Einkommenswirkungen von Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe etc. genutzt werden. Denn der Ausspruch 'Zeit ist Geld' gilt im übertragenen Sinn auch für die erwerbsarbeitsfreie Zeit, sofern in ihr reale Einkommenswirkungen durch nicht-monetarisierte Arbeit erzielt werden.

Einkommenstransfers können auf sehr verschiedene Weise organisiert werden:

- Wie bisher z.B. durch, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe
- durch Negativsteuer, Bürgergeld etc.
- durch solidarische Tarifpolitik
- durch ein allgemeines Sozialeinkommen
- durch öffentliche Finanzierung von Arbeit im 'Dritten Sektor' (Rifkin, U. Beck)

Alle Möglichkeiten haben Vor- und Nachteile, die es sorgfältig abzuwägen gilt:

Gegenüber der gegenwärtigen Lösung stellte ein Negativsteuermodell eine erhebliche Vereinfachung und bürokratische Entlastung dar. Es hat allerdings den Nachteil, daß es die Kosten von Arbeit sozialisiert, deren Früchte privat angeeignet werden. Außerdem könnte es dazu beitragen, daß veraltete Produktions- und Dienstleistungsformen durch öffentliche Subventionierung künstlich am Leben erhalten werden. Daß ein solches Modell die gewerkschaftliche Tarifpolitik zu unterlaufen droht, ist zwar richtig, aber angesichts der tatsächlichen Entwicklung auf diesem Gebiet heute als Gegenargument kaum noch beeindruckend. Die Möglichkeiten der solidarischen Tarifpolitik sind unter den Bedingungen globalisierter Märkte ohnehin äussest begrenzt.

Ein allgemeines Sozialeinkommen hat ebenfalls den Charme einer einfachen Lösung. Allerdings sieht es keine Gegenleistung der so Alimentierten vor und ist von daher bei der vorherrschenden Bewußtseinslage schwer zu legitimieren. Wenn in Zukunft allerdings die freiwillige Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit durch Teilzeitarbeit, Sabbatjahre etc. als Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme weiter an Bedeutung gewinnt, was anzunehmen ist, dann könnte die Argumentation für ein allgemeines Sozialeinkommen von ausreichender Höhe an Plausibilität gewinnen.

Die von Jeremy Rifkin, Ulrich Beck und in abgewandelter Form auch von Giarini/ Liedtke geforderte Honorierung der Gemeinschaftsarbeit im Non-Profit-Sektor wäre eine Möglichkeit, Arbeit und damit Erwerb außerhalb des Marktsystems zu fördern. Zur Finanzierung dieser 'Bürgerarbeit' greifen die meisten Vorschläge auf die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfekassen als Finanzquellen zurück. Wenn man aber eine Überlastung der Erwerbsarbeit mit Steuern und Abgaben vermeiden und zugleich auch

die hochrationalisierten Wirtschaftssektoren zur Finanzierung heranziehen will, müßte die Finanzierung zumindest zum Teil an die Wertschöpfung angekoppelt werden. Einen weitergehenden Vorschlag zur Lösung dieses Problems bietet Hellmut Butterweck: Er plädiert für die Ersetzung des Arbeitgeberanteils bei der Sozialversicherung durch eine Wertschöpfungsabgabe gleichen Gesamtvolumens.

Zeit

Entscheidend ist nicht nur der Umfang, sondern auch die soziale Lage wirklich frei verfügbarer Zeit (nicht identisch mit dem, was wir gemeinhin unter 'Freizeit' verstehen). Je mehr wirklich freie Zeit die Menschen haben und je größer die selbstbestimmten Handlungsmöglichkeiten und die Chancen zu sozialer Interaktion in dieser freien Zeit sind, um so größer sind im Prinzip die Möglichkeiten zur selbstorganisierten Problemlösung. Insofern ist auch die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten eine wichtige Voraussetzung für die Rückverlagerung eines Teils staatlicher Tätigkeiten in die Gesellschaft.

Ob und in welchem Umfang diese im Prinzip bestehenden Möglichkeiten genutzt werden, hängt allerdings von einer Reihe anderer Faktoren ab. Die Ausweitung der erwerbsarbeitsfreien Zeit ist eine notwendige, aber nicht eine zureichende Voraussetzung für die Ausweitung individueller und gemeinschaftlicher Selbsthilfe und Sozialarbeit. Zu beachten ist auch, dass durch die fortschreitende Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Ausweitung der Nacht- und Wochenendarbeit die freie Zeit sozial entwertet werden kann, weil die gewünschten und erforderlichen Interaktions- und Kooperationspartner immer öfter nicht verfügbar sind.

Gesundheit

Gesunde Menschen sind eher kranke und behinderte bereit und in der Lage, die Lösung von privaten und öffentlichen Problemen in die eigenen Hände zu nehmen. Darum verbessern Maßnahmen, die die Volksgesundheit erhöhen, die Chancen für die Aktivierung der Bürgergesellschaft. Gesundheitsvorsorge und vorbeugende Umweltpolitik, Humanisierung der Arbeit und die Schaffung einer humanen Wohnumwelt, Aufklärung über gesunde Ernährung und Lebensweise, ein ausreichendes Angebot an sportlichen Betätigungsmöglichkeiten, besonders im Breitensport, aber auch Maßnahmen zur Reduzierung von Verkehrs-, Arbeits- und Haushaltsunfällen und die entschlossene Bekämpfung der Drogensucht gehören hierher. Keineswegs alle in dieser Hinsicht sinnvollen Maßnahmen sind mit Mehrkosten verbunden. Da das gegenwärtige Medizinsystem selbst ein wichtiger krankmachender Faktor ist und der Anteil der hiatrogenen Krankheiten in den letzten Jahrzehnten beträchtlich zugenommen hat, kann man sich von einer Reduzierung des Medikamentenverbrauchs und mancher Formen der ärztlichen Intervention (auch der sogenannten Prävention) und gleichzeitige Aufklärung über gesündere Ernährung und Lebensweise einen deutlichen Anstieg der Volksgesundheit versprechen.

Fertigkeiten

Es steht außer Zweifel, daß ein effizientes allgemeines Bildungssystem die Fähigkeit der Menschen stärkt, sich auf dem Arbeitsmarkt und im Leben insgesamt zu behaupten. Insofern schafft ein hohes Niveau der Schulbildung und der allgemeinen Berufsausbildung günstige Voraussetzungen für selbstorganisierte Problemlösung. Dies gilt erst recht, wenn wir die moderne Entwicklung zur 'Wissensökonomie' in Rechnung stellen.

Hier geht es uns aber vordringlich um ein spezielleres Problem: Viele Leistungen, die heute auf dem Markt oder vom Staat als Fremdleistungen angeboten werden, können von Betroffenen und Laien ebenso gut oder sogar besser, ganz oder zum Teil selbst erbracht werden, wenn gewisse (subjektive und objektive) Voraussetzungen erfüllt sind. Dies gilt z.B. für viele Tätigkeiten in den Bereichen Erziehung, Betreuung und Pflege, Instandhaltung öffentlicher Anlagen, Sanierung von Gebäuden, Aus- und Umbau von Wohnungen, Stadtteilverschönerung, Wartung und Reparatur, Organisation von Festen und Sportveranstaltungen etc. Neben frei verfügbarer Zeit sind hierzu gewisse handwerkliche, kommunikative und organisatorische Fertigkeiten erforderlich, die bei vielen, auch bei vielen älteren Menschen durchaus vorhanden sind. Wo sie fehlen, können z.B. die Volkshochschulen, können Sozialarbeiter und freie Initiativen das notwendige Wissen vermitteln und bei der Einübung der Fertigkeiten helfen.

Als Initiatoren und Organisatoren solcher Tätigkeiten könnten von Ulrich Beck u.a. so genannte 'Gemeinwohlunternehmer' sicher nützlich sein. Denn auch auf dem Feld der freien gemeinwohlorientierten Bürgerarbeit hat die Unternehmerfunktion insofern ihren Sinn, als es auch hier darauf ankommt, von knappen Ressourcen einen möglichst rationalen Gebrauch zu machen.

Wohnumfeld

Je nachdem, wie das Wohnumfeld gestaltet ist, kann es selbstorganisierte Problemlösung durch Individuen und Gruppen erleichtern oder erschweren. Bei Planung und Neugestaltung von Wohnquartieren sollte darauf geachtet werden, daß die Kommunikation unter den Bewohnern erleichtert wird, daß es in Mietshäusern Räume gibt, in denen Reparaturarbeiten durchgeführt, eine gemeinsame Kinderbetreuung oder Hausaufgabenhilfe organisiert werden können. Öffentlich zugängliche Sportanlagen, eine Bibliothek mit benutzerfreundlichen Öffnungszeiten und einladendem Ambiente, in der (z.B. über Computer) Informationen aller Art abgerufen werden können, Räume für Jugendtreffs und Altencafés, für Tauschbörsen und andere Vermittlungstätigkeiten, ein auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmtes Verkehrssystem, das dem Fahrrad und dem Fußgänger im Nahbereich und dem Öffentlichen Personennahverkehr bei mittleren Entfernungen Priorität einräumt, – all das kann die Selbsthilfekompetenz stärken.

Nicht unbedeutend in diesem Zusammenhang ist auch die ästhetische Qualität des Wohnumfelds. Attraktive öffentliche Plätze laden zum Verweilen ein und führen die verschiedensten Menschen zusammen. Darüber hinaus motiviert eine gepflegte und ästhetisch ansprechende Wohnumgebung die Bürger sich für ihre Kommune zu engagieren und Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die Probleme im Stadtteil oder in der Gemeinde nicht überhand nehmen.

Stabile soziale Beziehungen

Die Stärkung der Familie und der familienähnlichen Formen dauerhaften Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern ist eine der wirksamsten Formen sozialer Vorbeugung. Dies ist eine Aufgabe, die Maßnahmen auf vielen verschiedenen Feldern notwendig macht: z.B. sozialer Wohnungsbau, Steuergesetzgebung (Familiensplitting statt Ehegattensplitting), Erziehungsgeld, Ganztagsschule, Vermehrung der Kindergarten- und Hortplätze und/ oder Förderung von selbstorganisierten Initiativen auf diesem Feld, kindergerechte Gestaltung der öffentlichen Räume etc..

Auch Wohngemeinschaften von Jugendlichen, jungen Erwachsenen oder älteren Menschen können sozial höchst produktive Einheiten sein. Solche Wohngemeinschaften in Kombination mit ambulanter Betreuung können, insbesondere bei älteren Menschen, oft die weitaus teurere Heimunterbringung ersetzen. Darüber hinaus eröffnen die neuen Kommunikationstechniken auch Möglichkeiten der Vergemeinschaftung, die nicht auf räumlicher Nähe basieren. Es ist nicht auszuschließen, daß auch diese neuen Formen der Vergemeinschaftung sich als wirksame gesellschaftliche Bindemittel erweisen.

Dennoch gehen wir davon aus, daß auch in Zukunft für die Herausbildung stabiler Sozialbeziehungen die Gestaltung des Nahbereichs von entscheidender Bedeutung sein wird. Lebendige Nachbarschaft oder, weniger traditionell, ein zugleich stimulierendes und bergendes Wohnumfeld hängt von vielen Faktoren ab: von infrastrukturellen Voraussetzungen, von der Mischung der Funktionen Arbeiten und Wohnen, vom Vorhandensein von Treffpunkten (Läden, Kneipen, Plätzen, öffentlichen Einrichtungen etc.), von der Verkehrsführung, der Zusammensetzung und Fluktuation der Bevölkerung... Auf die meisten dieser Faktoren kann man im positiven wie im negativen Sinn (kommunal)politisch Einfluß nehmen.

Heute gibt es starke Kräfte in der Gesellschaft, die der Herausbildung stabiler sozialer Beziehungen entgegenwirken: die ständig steigenden Mobilitätsanforderungen, das Anwachsen von Nacht- und Wochenenddarbeit, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die immer häufiger dazu führen, daß in der freien Zeit die bevorzugten Interaktionspartner nicht verfügbar sind, etc. Wer alle diese Entwicklungen als alternativlos hinnimmt (was sie nicht sind) oder sie gar bewußt politisch fördert, wird sich mit dem fortschreitenden Verfall der Familie und anderer sozialer Nahbeziehungen vermutlich abfinden müssen.

Soziale Eigenverantwortung

In den letzten hundert Jahren haben die Menschen zunehmend die Verantwortung für ihr Leben und für die Lösung ihrer Probleme an professionelle Systeme und Dienstleistegruppen delegiert. Diese Übertragung naturaler Leistungen auf professionelle und monetarisierte Systeme ist ein wesentlicher Bestandteil des ökonomischen Wachstums, das unsere Gesellschaft bis heute weitgehend mit Fortschritt gleichsetzt. Erst unter dem Eindruck wachsender Arbeitslosigkeit und öffentlicher Finanznot ist wieder vermehrt davon die Rede, daß die Bürger selbst Verantwortung übernehmen müßten.

Die Botschaft bleibt allerdings ambivalent, denn das Marktsystem tendiert dazu, die Menschen immer radikaler von professionalisierten Fremdleistungen abhängig zu machen. Gingen die Menschen tatsächlich im großen Stil dazu über, Leistungen, die sie sich heute noch auf dem Markt kaufen, (wieder) selbst (in Kooperation mit anderen) zu erbringen, würde dies die kapitalistische Expansionsdynamik gefährlich bremsen und die Lage auf dem Arbeitsmarkt womöglich weiter verschlechtern. Wer sich selbst sein Essen kocht, gefährdet Arbeitsplätze im Gaststättengewerbe; wer selbst sein Zimmer tapeziert oder den Gartenzaun streicht, gefährdet Arbeitsplätze im Handwerk; wer jeden Morgen zehn Minuten Gymnastik macht und mäßig ißt und trinkt, gefährdet Arbeitsplätze im Gesundheitswesen; wer sich ohne professionelle Anleitung allein oder mit anderen amüsiert, gefährdet Arbeitsplätze in der Unterhaltungsindustrie.

Deshalb wird die Botschaft von der Eigenverantwortung zumeist auf die Forderung verkürzt, die Bürger sollten, insbesondere bei öffentlichen Leistungen, stärker zur Kasse gebeten werden. Aber auch wenn leicht zu erkennen ist, daß sich hinter der Forderung nach mehr Eigenverantwortung oft eigensüchtige Umverteilungsinteressen und ein eklatanter Mangel an sozialer Verantwortung verbergen, ist sie an sich doch nicht falsch. Das Leben jedes Einzelnen könnte in der Tat angenehmer, sicherer, und erfüllter sein, wenn die Bürger sich in höherem Maße für sich, ihre Familie, ihre Nachbarschaft, ihre Gemeinde und schließlich für Gesellschaft und Staat verantwortlich fühlten.

Dass dem unaufhaltsame säkulare Trends wie die 'Individualisierung' entgegenständen, ist nicht richtig. Erstens ist Individualisierung keineswegs mit Ellenbogenegoismus gleichzusetzen. Wer genauer hinschaut, wird erkennen, daß Individualisierung und soziales und politisches Engagement gerade im Nanbereich - durchaus Hand in Hand gehen können. Zweitens ist der Mangel an Eigenverantwortung der Bürger zu einem erheblichen Teil durch die Expertenherrschaft in Staat und Wirtschaft und durch das Eigeninteresse privater und öffentlicher Dienstleistergruppen erzeugt worden.

Eine Kultur der Eigenverantwortung kann sich nur dort entwickeln, wo ein hohes Maß an Mündigkeit unterstellt und den Bürgern größere Mitsprache- und Mitwirkungsrechte eingeräumt, aber auch Pflichten und Verantwortung zugemutet werden. Unternehmer, Parteien und Bürokratien, die die Bürger allenfalls als Konsumenten und Dienstleistungsempfänger, nicht aber als Aktivbürger mit eigenen Gestaltungsmöglichkeiten behandeln, wirken nicht sehr glaubwürdig, wenn sie nach mehr sozialer Eigenverantwortung rufen. Dasselbe gilt verstärkt für Regierungen, die (zumindest in wichtigen Teilbereichen) den plattesten Eigennutz zur Staatsideologie erheben, eine (Medien)Öffentlichkeit, die die Konkurrenz egoistischer Monaden als paradigmatische Form freier Existenz propagiert und ein Bildungssystem, daß dem praktisch wenig bis gar nichts entgegenzusetzen hat.

Eine Aktivierung der Bürgergesellschaft und eine Stärkung der sozialen Eigenverantwortung kann es nur geben, wenn dem Konkurrenzindividualismus ein kooperativer Individualismus an die Seite gestellt wird und wenn die entsprechenden Tugenden in den Familien, in Schule und Ausbildung eingeübt werden.

Auch wenn kommunitaristische Ideen und Modelle aus den USA nicht einfach auf die europäischen Gesellschaften übertragen werden können und sollten, so hat doch die Debatte darüber auch bei uns wieder den Blick dafür geschärft, daß Marktbeziehungen als gesellschaftliches Bindemittel keineswegs ausreichen, daß (in Anspielung auf eine Formulierung Kants) mit einem Volk von egoistischen „Teufeln" eben doch kein Staat, schon lange kein demokratischer Sozialstaat zu machen ist.

Der Umbau des Sozialstaats vom paternalistischen Vorsorge- und Interventionsstaat zum aktivierenden und partizipativen Sozialstaat kann nur gelingen, wenn in Schule und Öffentlichkeit jenseits der falschen Alternative von Individualegoismus und antiindividualistischem Kollektivismus die Vorstellung eines von der Sozialnatur des Menschen inspirierten kooperativen Individualismus vermittelt wird und soziale Verantwortung in der Lebensumwelt insbesondere junger Menschen eingeübt wird.

IV. VERÄNDERUNG DER STAATLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN

Auch wenn im Sinne der vorangegangenen Anregungen alles getan wird, um die Selbsthilfekompetenz der Bürger zu stärken, wird es in den meisten Fällen wohl nicht möglich sein, öffentliche (Dienst)Leistungen vollständig durch individuelle oder gemeinschaftliche Selbsthilfe zu ersetzen. Oft bietet sich aus Gründen der Effizienz der Leistungserbringung die Kombination von professioneller Leistung und Laienmitwirkung, Selbsthilfe und sozialstaatlicher Unterstützung und Förderung an. Manches spricht dafür, daß diesen kombinierten Modellen im Gegensatz zu den 'reinen Systemen' in vielen Bereichen die Zukunft gehört. Damit aber solche flexiblen Kooperationsmodelle ihre volle Wirkung entfalten können, müssen die öffentliche Verwaltung und die sozialen Sicherungssysteme gründlich reformiert werden. Das betrifft die Sozialgesetzgebung und den vorherrschenden konditionalen Regelungstypus, die Organisation öffentlicher sozialer Dienste, die auch hier unübersehbare Dominanz der Anbieterinteressen, die Kooperationsfähigkeit der Dienstleister und des Verwaltungspersonals etc..

Der rechtliche Rahmen

Die verbreitete Auffassung, dass eine Reduzierung der Regelungsdichte und ein Verzicht auf politische Intervention der Königsweg zur Freisetzung der gesellschaftlichen Selbsthilfekräfte sei, greift unserer Meinung nach zu kurz. Wichtiger als der Umfang staatlicher Regelung und Intervention sind der Regelungstypus und das Interventionsmodell. Ein Staat der in seinen Gesetzen, eine Verwaltung, die in ihren Anordnungen nicht nur das zu erreichende Ziel, sondern auch die Mittel zur Erreichung des Ziels in allen Details vorschreibt, läßt den Bürgern zu wenig Raum, entsprechend den je unterschiedlichen lokalen und milieuspezifischen Bedingungen an der Lösung der Probleme mitzuwirken. Eine klare Festlegung der öffentlichen Aufgaben und Ziele bei weitgehender Offenlassung der Mittel und Wege zu ihrer Erfüllung erscheint uns daher für die Aktivierung der Bürgergesellschaft angemessener.

In unserem Verständnis ist die aktivierte Bürgergesellschaft nicht gegen den demokratischen Staat gerichtet. Vielmehr betrachten wir die demokratischen Institutionen auf der einen und das bürgerschaftliche Engagement auf der anderen Seite als zwei sich gegenseitig ergänzende und stützende Seiten einer lebendigen Demokratie. Allerdings müssen zum Zwecke der Aktivierung der Bürgergesellschaft die Institutionen des demokratischen Staates weiterentwickelt werden. Zu den in diesem Zusammenhang sich stellenden Reformaufgaben gehört u.a.:

- Die Gleichstellung der ausländischen Mitbürger bezüglich ihrer staatlich garantierten Freiheits- und Teilhaberechte.

- Die Ergänzung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie, z.B. die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auch auf der Bundesebene.

- Die Förderung des föderalen Aufbaus des Staates durch die Stärkung der Finanzkraft von Ländern und Gemeinden. Eine grundlegende Steuer- und Finanzreform sollte vor allem die Gemeindeautonomie als wirksamster Rahmen bürgerschaftlichen Engagements stärken.

- Die angesichts der Finanznot der Gemeinden in den letzten Jahren erfolgte Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Räume sollte nicht fortgeführt, nach Möglichkeit sogar rückgängig gemacht werden. Eine lebendige und bürgernahe Demokratie braucht öffentliche Räume, in denen sie sich entfalten, bürgerschaftliches Engagement öffentliche Einrichtungen, an deren Verwaltung und Gestaltung es sich bewähren kann.

- Bürgerschaftliches Engagement sollte durch Freistellungsregelungen, Fortbildungs-, Qualifizierungs- und sonstige Maßnahmen der materiellen und immateriellen Anerkennung gefördert werden. Die Voraussetzungen dafür sind gesetzgeberisch im Stiftungsrecht, Steuerrecht, Vereinsrecht, Sozialrecht, Arbeitsrecht, Gemeinnützigkeitsrecht, im Haftungsrecht und im Versicherungsschutz zu schaffen.

Verteidigung und Reform des öffentlichen Sektors

Zu einer lebendigen Demokratie gehört unabdingbar auch ein leistungsfähiger öffentlicher Sektor. In der sozialen Marktwirtschaft war die Notwendigkeit einer solchen gemischwirtschaftlichen Ordnung unbestritten. Im Zeitalter der Globalisierung wird ihre Verwirklichung erneut zu einer zentralen politischen Herausforderung.

Richtig ist: Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Probleme auch unabhängig vom Staat zu lösen, nimmt zu. Auch deshalb wollen wir die Gestaltungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft stärken, allerdings der Zivilgesellschaft insgesamt und nicht nur einzelner durchsetzungsstarker Gruppen. Es kann nicht als Fortschritt angesehen werden, wenn das gesellschaftliche Leben und die sozialen Beziehungen immer stärker von wirtschaftlichen Interessen und Unternehmensmonopolen dominiert werden. Die Vitalität und der Zusammenhalt der Zivilgesellschaft ruht wesentliche auf nicht ökonomischen Beziehungen und setzt Chancengleichheit und Gerechtigkeit voraus.

Für die Erreichung dieses Ziels spielt der öffentliche Sektor weiterhin eine wichtige Rolle. Allerdings muß er grundlegend modernisiert werden, vor allem auf mehr Mitgestaltung und Demokratie hin. Dagegen bedeutete ein konservatives Zurück zum Nachtwächterstaat oder eine Verkürzung auf den reinen Ordnungsstaat eine Gefährdung des sozialen Zusammenhalts, von Wohlstand, Beschäftigung und Sicherheit. Ohne einen handlung und gestaltungsfähigen öffentlichen Sektor ist eine lebendige Zivilgesellschaft nicht denkbar.

In Deutschland hat die öffentliche Daseinsvorsorge durch kommunale oder staatliche Unternehmen eine bewährte Tradition. Sie hat eine moderne Infrastruktur und ein hohes

Niveau der allgemeinen Versorgung mit Dienstleistungen sichergestellt. Darüber hinaus hat sie die Teilhabe der Bürger an der Demokratie gefördert. Heute liegen die einzelnen Bereiche öffentlicher Dienstleistungen einem weitreichenden Strukturwandel.

EU-Recht und öffentlicher Sektor

Der öffentliche Sektor steht auch deshalb unter Druck, weil das Verhältnis von europäischem Wettbewerbs- und Beihilferecht zur Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht hinreichend geklärt ist. Andererseits wird von der EU der hohe Stellenwert öffentlicher Leistungen betont: 1996 bezeichnete die EU-Kommission diese Leistungen als „Kern des europäischen Gesellschaftsmodells". Auch im Amsterdamer Vertrag vom Oktober 1997 heißt es: „In Anbetracht des Stellenwertes, den Dienste von allgemeinem und wirtschaftlichem Interessen innerhalb der gemeinsame Werte der Union einnehmen, sowie ihrer Bedeutung bei der Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts tragen die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse im Anwendungsbereich dieses Vertrages dafür Sorge, daß die Grundsätze und Bedingungen für das Funktionieren dieser Dienste so gestaltet werden, daß sie ihren Aufgaben nachkommen können."

Von großer Bedeutung ist auch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs im Zusammenhang mit dem deutschen Stromeinspeisegesetz, die das Ziel des Klimaschutzes, weil dem Gemeinwohl dienend, über wirtschaftliche Interessen stellt. In dieselbe Richtung gehen die Überlegungen der EU-Kommission, einen nationalen Sockel der Energieversorgung von 15 % zuzulassen, der nicht dem Wettbewerbs- und Beihilferecht unterliegt.

Damit ist der freie Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr nicht mehr alleiniges Politikziel, sondern muß mit den Zielsetzungen der öffentlichen Leistungen vereinbar sein. Das heißt allerdings nicht, daß im öffentlichen Sektor Wettbewerbsregelungen grundsätzlich nicht greifen, zumal die Organisationsformen hier von Land zu Land erheblich variieren.

Die Unsicherheit, in welchen Fällen das EU-Wettbewerbsrecht angewendet werden muß und wann Leistungen der Daseinsvorsorge aufgrund ihrer besonderen Bedeutung ihm nicht zu unterwerfen sind, muß schnell beseitigt werden. D. h. :

- In der EU muss die Trennung zwischen marktbezogenen und nichtmarktbezogenen Dienstleistungen deutlich geregelt werden. So weit wie möglich sollte diese Regelung im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips den Nationalstaaten überlassen werden.
- Die Mitgliedstaaten müssen Struktur und Reichweite der öffentlichen Daseinsvorsorge bestimmen und die Standards im Umwelt-, Sozial- und Arbeitsrecht festlegen können.
- Die Rahmenbedingungen müssen den öffentlichen Unternehmen genug Raum lassen, um sich schrittweise den Wettbewerbsbedingungen anzupassen, damit sie sich am Markt behaupten können.

Aufgaben der SPD

Die SPD hat die Aufgabe, eine Neubestimmung der öffentlichen Daseinsvorsorge vorzunehmen, um einerseits in der EU Klarstellungen zu erreichen und andererseits einen Handlungsspielraum für öffentliche und gemeinnützige Unternehmen zu erhalten. Grundsätzlich sollte dabei gelten:

Die öffentliche Daseinsvorsorge

- gewährleistet einen gleichen, solidarischen und erschwinglichen Zugang zu lebenswichtigen Diensten und Leistungen für alle Bürger;
- muß jedem Bürger über die bloße Existenzsicherung hinaus die Teilhabe am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen (Zugang zu Informationen, Kultur, Bildung, Mobilität etc.);
- sichert die öffentliche Infrastruktur;
- trägt zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bei;
- ist bürgernah, transparent und demokratisch organisiert;
- stärkt die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft;
- muß ein effizientes Preis-Leistungs-Verhältnis aufweisen.

Wettbewerb und öffentlicher Sektor sind keine Gegensätze. Eine lebendige und leistungsfähige Zivilgesellschaft braucht beide.

AKTIVIERUNG DER BÜRGERGESELLSCHAFT

Schlußbemerkung

Ein Staat, der in diesem Sinne sich selbst reformiert, leistet einen wesentlichen Beitrag zur Festigung der Demokratie. Denn es gibt einen unauflöslichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Freiheit auf der einen und Selbsthilfekompetenz auf der anderen Seite. Anders ausgedrückt: eine allzu große Abhängigkeit von Fremdleistungen, auch von im besten sozialen Sinn organisierten öffentlichen Leistungen, birgt stets die Gefahr des Freiheitsverlustes in sich. Die Betreuung „von der Wiege bis zur Bahre" kann nicht das Ideal der Sozialdemokratie sein, weil sie mit einer freien Gesellschaft letztlich nicht vereinbar ist. Uns muß es vielmehr stets um Hilfe zur Selbsthilfe gehen oder - wie es die SPD in einem ihrer lichteren Momente im 'Orientierungsrahmen 85' formuliert hat - darum, „die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern".

KOMMISSION GRUNDWERTE BEIM PARTEIVORSTAND DER SPD

Vorsitzender:	Wolfgang Thierse
Stellv. Vorsitzende:	Thomas Meyer Barbara Riedmüller
Sekretär:	Hans Misselwitz
Mitglieder:	Detlev Albers Gabriele Andretta Ingomar Hauchler Birgit Mahnkopf Wolfgang Merkel Julian Nida-Rümelin Gesine Schwan Johano Strasser Elisabeth Vogelheim Rosemarie Will
Korrespondierende Mitglieder:	Christel Hanewinckel Michael Müller Edelbert Richter Gert Weisskirchen Ernst Ulrich von Weizsäcker
Berater:	Erhard Eppler Iring Fetscher Matthias Greffrath Hermann Schwengel Hans-Jochen Vogel

Impressum:

Herausgeber: Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD
Redaktion: Dr. Hans Misselwitz
Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Internet: http://www.spd.de
Art.-Nr.: 300 0314